

Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Online
Nr. 286

14. Febr. 24
33. Jahrg.

Die Linke

Barnim

17.02.2024 - kurz vor 12 Uhr - Marktplatz Bernau
überparteiliche und bunte Kundgebung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

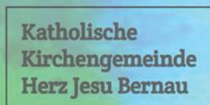
Sei nicht ständig gegen alles, aber immer gegen rechts*!

*gegen rechtsextrêmes Gedankengut, gegen Hass und Hetze, gegen Verfassungsfeinde, gegen Spaltung, gegen die Unterwanderung der Politik, gegen die Aushöhlung der Demokratie, gegen - mindestens in Teilen - gesichert rechtsextreme Parteien, gegen Umsturz- und Deportationsfantasien, gegen Informationsmanipulation und Desinformation

Nimm Deine demokratischen Pflichten wahr und werde sichtbar! Gemeinsam verteidigen wir die
freiheitliche demokratische Grundordnung!



AGENTUR EHRENAMT
BERNAU & AHRENSFELDE



17.02.2024, 11 Uhr: „Say Their Names“, Gedenkdemo für die Opfer der rassistischen Morde in Hanau vor 4 Jahren; Bahnhofsvorplatz Bernau. Gegen 11.30 Uhr führt die Demo zum Markt zur dort geplanten Kundgebung, organisiert von der „Initiative 19. Februar Hanau“.

Die LINKE: Tarifaktionsplan

Brandenburg hat nur zu 47 Prozent Tarifbindung/LINKE: Niedriglohnsektor verringern.
EU schreibt einen Plan für die „Förderung von Tarifverhandlungen“ vor.

DIE LINKE wird in der Landtagsitzung in der kommenden Woche beantragen, dass Brandenburg einen Tarifaktionsplan in Kraft setzt. Dieses Anliegen stellte Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag, am 13. Februar vor. „Regionen, in denen die Tarifbindung unter 80 Prozent liegt, müssen nach der neuen Mindestlohnricht-

linie der Europäischen Union bis zum 15. November einen Aktionsplan zur Förderung von Tarifbindungen vorlegen“, begründete Walter. „Brandenburg gehört zu den Regionen mit dem höchstem Niedriglohnsektor. Dagegen muss etwas getan werden, Brandenburg kann eine Vorreiterrolle für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen übernehmen“, fordert Walter.

Das Anliegen der LINKEN ist auch von Äußerungen des Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD) geprägt, der sich in der vergangenen Woche für eine Kürzung des Bürgergeldes aussprach, weil es sich angeblich nicht lohne arbeiten zu gehen. „Es ist nicht richtig, die Ärmsten gegen die Armen auszuspielen“, machte Sebastian Walter erneut deutlich. „Die

LINKE fordert auch, den Vergabemindestlohn von derzeit 13 Euro auf 14 Euro pro Stunde zu erhöhen.“ Der Vergabemindestlohn gilt in Brandenburg, wurde von den LINKEN während ihrer Regierungszeit durchgesetzt und bedeutet, dass öffentliche Aufträge nur an diejenigen vergeben werden, die mindestens den Vergabemindestlohn zahlen. *bc*

nächste Online-Ausgabe am 18. Februar

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Bernimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.
Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de
Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429
Verwendungszweck: Spende OW.